

Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

Verlags- und Druckerei: Amt Dresden Nr. 31307
Tel.-Adresse: Elbgaupresse Blasewitz

mit Loschwitzer Anzeiger
Tageszeitung für das östliche Dresden u. seine Vororte.
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen

Bank-Konto: Kgl. Deutsche Creditbank, Blasewitz
Post-Konto: Nr. 517 Dresden

des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk), der Gemeinden Wachwitz, Niederporsitz, Hosterwitz, Pilsnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaften Dresden-N. und Dresden-O.

Druck und Verlag: Elbgaupresse-Druckerei und Verlagsanstalt Hermann Beyer & Co.

Erscheint jeden Wochentag nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag.
Bezugspreis: monatlich 18.— Mark, vierteljährlich 54.— Mark
durch die Post oder Boten frei ins Haus; bei Abholung in der
Geschäftsstelle monatlich 17.— Mark, vierteljährlich 51.— Mark

Dresden-Blasewitz
Mittwoch, den 21. Juni 1922.

Anzeigen-Preis: die kleinste Grundzeile oder deren Raum
3.— Mark, im Textteile die Zeile 9.— Mark, für Tabellen- und
schwierigen Satz 50% Aufschlag.
Anzeigen-Nachnahme für die nächste Nummer bis vorm. 10 Uhr

Keine Verpolung Oberschlesiens!

Von Dr. Hermann Sachnide, Mitglied des Reichstages.

Mit der Genehmigung des deutsch-polnischen Abkommens über Oberschlesien ist die polnische Frage nicht gelöst. Ueber die 606 Artikel mit dem Schlussprotokoll wurde in den Methoden des Friedens verhandelt. Wird aber auch die Durchführung auf polnischer Seite im Geiste des Friedens erfolgen? Alle Zeichen deuten darauf hin, daß dies nicht geschieht. Korstanty, der Leiter der polnischen Propaganda, tut alles, um eine neue Bewegung gegen Deutschland zu entfesseln. In seiner Vosenor Rede hat er ausdrücklich erklärt, daß die getroffene Entscheidung keine endgültige ist. Die Polen wollen mehr. Sie wollen, wie eine polnische Zeitung schreibt, die Reinigung ihres Teilgebietes von dem Rest der Deutschen, die noch kampftun an ihrer Scholle festhalten und bis heute viele Wirtschaftszentren innehaben. Ihre Ausrottung und ihre Ausweisung mit oder ohne Widerstand ist ihrem Vaterland die erste Pflicht sowohl der polnischen Regierung wie der polnischen Volksgemeinschaft.

Zu diesem Zweck haben sie neue Verbände begründet, die „Oberschlesische Wacht“ und andere Organisationen mit dem ausgesprochenen Ziel, den Kampf gegen das Deutschtum in allen Formen zu führen. Zweigvereine werden überall begründet, polnische Schulen eingerichtet, polnische Spiel- und Sportvereine gebildet, polnische Theater eingeführt. Selbst in Deutsch-Oberschlesien ist eine Neuorganisation der Polen geschaffen worden, genannt „Polnischer Hauptverband für Oberschlesien“ mit dem Sitz in Weichen. In Berlin wird bereits eine chauvinistisch-deutschnfeindliche Zeitung herausgegeben für eine zielbewusste und erfolgreiche polnische Politik.

Dem gleichen Zweck dient die Bahlordnung zum künftigen polnischen Reichstag. Sie bedeutet eine weitgehende Verfüzung der staatsbürgerlichen Rechte der deutschen Minderheit in Polen. Bleibt diese Bahlordnung in Kraft, so erhalten die Deutschen nur einen Bruchteil ihrer Mandate, auf die sie nach ihrem Prozentverhältnis zur Gesamtbevölkerung Anspruch hätten. Das Mittel hierzu ist das Verbot der Listenverbindung und die enge Begrenzung der einzelnen Wahlbezirke, denen durchschnittlich nicht mehr als fünf bis sechs Mandate zugewiesen sind. Danach ist eine Partei, die nicht mindestens über ein Fünftel oder ein Sechstel aller Stimmen verfügt, außerstande, einen Kandidaten durchzubringen. In der gleichen Richtung wirkt die Bestimmung, daß der Staatsliste die überschüssigen Stimmen nur dann zugeführt werden dürfen, wenn die Parteien über drei Abgeordneten verfügen, und daß in keinem Fall mehr als die Hälfte der bei der Hauptwahl erzielten Mandate auf die Staatsliste entfallen dürfen. Eine die Minderheit noch besonders hart treffende Vorschrift liegt auch darin, daß die alsdann noch ver-

bleibenden und verbleibenden Sitze auf die Parteien nach dem Verhältnis der im ganzen erzielten Mandate zu verteilen sind.
Das Auswärtige Amt ist sich, wie es in der Beantwortung auf eine Kleine Anfrage feststellt, durchaus bewußt, daß hier eine Verdrängung der staatsbürgerlichen Rechte der deutschen Minderheit vorliegt. Es verfolgt deshalb die Weiterentwicklung mit gespannter Aufmerksamkeit und wird im gegebenen Zeitpunkt mit den Handhaben, die das oberschlesische Abkommen bietet, und mit den völkerrechtlich anerkannten Mitteln für die Rechte der deutschen Minderheit eintreten. Leider ist nicht zu ersehen, ob dies Eintreten den gewünschten Erfolg haben wird. Die Polen bieten sicherlich auch hier das Neuzerliche auf, um trotz aller völkerrechtlichen Vorschriften über den Schutz der Minderheit das Deutschtum zu unterdrücken.

Hier gilt es, Gegenmaß zu üben, dem Angriff die Abwehr gegenüberzustellen. Wir haben in Oberschlesien nun gerade genug verloren und wollen, was uns erhalten bliebe, nicht auch noch opfern. Den Entschluß zur Tat befehlet der soeben im Reichstag verteilte Aufruf für den „Oberschlesischen Hilfsbund“. Hervorragende Männer aus allen Parteien haben den Aufruf unterzeichnet und damit bezeugt, daß es sich hier um eine ausschließlich vaterländische, vaterländische und vaterländische Angelegenheit handelt. Der „Hilfsbund“ sagt alles zusammen, was zur Verwirklichung der polnischen Ziele geschehen soll. Er hat als einziger die Sammelurkunden für den deutschbleibenden Teil Oberschlesiens erhalten. Beitrittserklärungen und Beiträge sind an die Geschäftsstelle Berlin, Schloß Bellevue, zu richten. Laufende oder einmalige Summen über 20000 M. bittet man auf das Konto „Oberschlesischer Hilfsbund“ beim Bankhaus Wendelssohn u. Co. in Berlin, Jägerstraße 49/50, zu richten. Die Privatinitiative muß eingreifen, weil gegen die Verwendung staatlicher Mittel von gegnerischer Seite Einspruch erhoben werden würde.

Man kann nur dringend wünschen, daß dieser markige Aufruf Widerhall in allen deutschen Landen und Herzen findet. Die Oberschlesier, die ihr Deutschtum wahren wollen, sollen fühlen, daß sie an den Volksgenossen eine Stütze haben. Vergessen sie das Vaterland nicht, so darf auch das Vaterland sie nicht vergessen. Reichlich mögen die Spenden fließen und schnell, damit die Arbeit sofort beginnen und umfassend ausgefaltet werden kann.

Furchtbar sind die Bünden, die uns durch den Spruch von Genf geschlagen wurden, Bünden, die sich niemals schließen werden. Sorgen wir dafür, daß sie sich nicht bis zur Lebensgefahrlichkeit erweitern, zeigen wir, daß Deutschland noch die Kraft besitzt, die Wacht im Osten zu halten!

Deutschland unter Vormundschaft.

Berlin, 20. Juni. Die Reichsregierung beschäftigt sich gestern nachmittags in einer Kabinettsitzung mit der bei den Verhandlungen mit dem Garantienkomitee einzuwendenden Maßnahmen. Die Regierung legt entscheidendes Gewicht darauf, daß bei der Kontrolle des Haushaltes durch das Garantienkomitee die Steuerhoheit des Reiches unangetastet bleibe, und daß auch das Steuergeheimnis der einzelnen Staatsbürger gewahrt würde. Die letzte Forderung entspricht der internationalen Rechtsgrundlage, auf die gerade Frankreich immer gehalten habe. Was die Kapitalflucht anbelangt, so habe die Regierung immer betont, daß allein durch ein deutsches Gesetz dieser Schaden nicht abgekehrt werden könne, sondern daß nur ein internationales Zusammenwirken Aussicht auf Erfolg haben würde. Das Garantienkomitee wird heute dem Reichsfinanzminister, dem Reichsminister des Auswärtigen und dem Finanzminister Gehilfenbesuche abgeben. Die eigentlichen Verhandlungen dürften erst am Mittwoch beginnen. — Wenn die Regierung nur noch fest bleibt.)

Elfter Deutscher Gewerkschaftskongress.

Leipzig, 19. Juni. Der 11. Deutsche Gewerkschaftskongress wurde heute vormittags im feierlich geschmückten großen Saal des Zoologischen Gartens durch den ersten Vorsitzenden des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes Leipziger Arbeitervereine von etwa 700 Delegierten und einer großen Anzahl Ehrengäste eröffnet. Die Reichsregierung ist durch den Reichswirtschaftsminister Schmidt, den Reichsarbeitsminister Dr. Braun, und Staatssekretär Dr. Weis vertreten. Die preussische Regierung durch Handelsminister Siering und Geheimrat Schmidt, die sächsische Regierung durch Arbeitsminister Rißau und Wirtschaftsminister Fellisch. Auch eine Reihe ausländische Vertreter ist erschienen aus England, Schweden, Belgien, Dänemark, Österreich, Polen, Ungarn, Luxemburg und der Schweiz. Ebenso hat das internationale Arbeitsamt in Genf zwei Vertreter entsandt. Im Namen der Reichsregierung begrüßte der Reichsarbeitsminister Dr. Braun den Kongress. Er stellte mit Befriedigung fest, daß das Reichsarbeitsministerium und die Gewerkschaften überall, wo die gewerkschaftlichen Grundzüge in Frage kommen, reibungslos und auf dem Boden gegenseitigen Vertrauens zusammen arbeiten. Die Reichsregierung sei sich der großen Bedeutung der Gewerkschaften für das Staatsleben bewußt. Der Minister sprach die Hoffnung aus, daß es der gewerkschaftlichen Bewegung gelingen möge, die kritischen Fragen der Gegenwart so zu lösen, daß der gewerkschaftliche Gedanke selbst darunter keinen Schaden leide und die Volksgemeinschaft davon Nutzen ziehe. Als wichtigste Aufgabe bezeichnete der Minister die gewerkschaftliche Schulung der neu gewonnenen Mitglieder. In Bezug auf die Stellung der Gewerkschaften zum Staate betonte er, daß der Staat nicht lediglich eine Wirtschaftsorganisation und noch weniger eine Wirtschaftsorganisation im

Interesse eines einzelnen Staates oder einer einzelnen Klasse darstelle. Das schließt aber nicht aus, daß die Gewerkschaften ihrer früheren Bedeutung entsprechend einen größeren Einfluß als früher auf das Staatsleben ausüben. Der Minister begrüßte weiter die Stellung der Gewerkschaften gegenüber der Arbeitererschaft und sprach die Erwartung aus, daß die grundsätzlichen Kämpfe um Koalitionsrecht und Tarife nicht wieder ausbleiben würden. Die neue geistige Bewegung unter der Arbeitererschaft müßte wie die alte durch den geistigen Sinn und das Standesbewußtsein der Arbeitnehmer überwunden werden. Einen Transaktionszwang mit ungeschicklichen Mitteln lehnte der Minister ab. Auch dürfe der Zwang zur Gewerkschaft keineswegs eine geistige Vergewaltigung auf dem Gebiete der Weltanschauung werden. Als überaus bedenklich für den gewerkschaftlichen Gedanken erwiehen dem Minister eine gewisse Einbuße an Autorität der Führung, die auf einer Überbepannung des demokratischen Gedankens infolge der überhöhten Entwicklung der letzten Jahre herrühre. Der Minister schloß unter lebhaftem Beifall mit dem Wunsche, daß der Kongress die schweren gewerkschaftlichen Probleme der Lösung ein Stück näher führen werde.

Die Reparationsabkommen im Reichstagsauschuß.

Berlin, 19. Juni. Der Reichstagsauschuß für auswärtige Angelegenheiten beschäftigte sich heute in einer gemeinsamen mit dem Reichstagsauschuß zur Ausführung des Friedensvertrages abgehaltenen Sitzung mit den Verträgen über die Ausführung der Reparationsabmachungen. Staatssekretär Müller vom Reichsministerium für Wiederaufbau gab eine ausführliche Uebersicht über die Sachlage der Verträge, das Bismarck-Abkommen, das Bismarck-Abkommen und das Gille-Abkommen, das die Anwendung des Bismarck-Abkommens für die Uebersicht über die Sachlage der Verträge, das Bismarck-Abkommens regelt.

Anwendung des Rapallo-Vertrages auch auf die Ukraine.

Berlin, 19. Juni. Der Reichstagsauschuß hat gestern den ukrainischen Geschäftsträger Rosen empfangen und mit ihm den Vertrag von Rapallo besprochen. Die Unterzeichnung ergab Uebereinstimmung darüber, daß sich aus der Ausdehnung des Vertrages auf die Ukraine keinerlei Schwierigkeiten ergeben würden. Auch über die Frage der 400 Millionen Mark ukrainischen Geldes, die Deutschland seinerzeit von der früheren ukrainischen Regierung noch im Besitz hat, soll eine Einigung dahin erzielt worden sein, daß das Geld der ukrainischen Regierung zur Verfügung gestellt wird, während die die Uebertragungsgebühren, die bei der Rückerstattung der Ukraine durch die deutschen Truppen entstanden sind, die etwa 100 Millionen betragen, übernehmen würde.

Vorstreichende Räumung Oberschlesiens.

Berlin, 19. Juni. Gemäß dem Räumungsabkommen wurden die Eisenbahnen sowie die Post-, Telegraphen- und Fernsprechanlagen gestern um 6 Uhr in polnische Obhut übergeben. In der letzten Nacht ist der neue Fahrplan in Kraft getreten. Die neue Zollgrenze tritt heute in Wirksamkeit. Die deutschen Zollbeamten nahmen an der neuen Grenzlinie sofort ihren Dienst auf. Heute vormittags 10.40 Uhr fand in Oberglogau und gegen 12 Uhr in Kreuzburg der Flaggenwechsel statt. Damit sind diese Gebiete wieder unter deutsche Regierungsgewalt getreten. Die französischen Truppen sind heute vormittags aus Kattowitz abgerückt. Morgen beginnt die Räumung der zweiten Zone. Am 20. Juni wird die Abtätigungspolizei und werden die Gemeindeführer abgelöst. Am 21. d. Mts. erfolgt der Einmarsch der deutschen bzw. polnischen Truppen. Am 22. Juni werden diese Gebiete von den internationalisierten Truppen verlassen. Einen Tag später ziehen deutsche Truppen in Leobischütz und polnische Truppen in Komau ein.

Polen liefert seinen Bedarf.

Kattowitz, 19. Juni. (Polnische Telegraphen-Agentur.) Am vorläufigen Sowjodschikrat late der Pkwowitode eine Verordnung vor, die die Ausfuhr von Gegenständen des täglichen Bedarfs verbietet. Nach längerer Erörterung wurde die Verordnung angenommen. Auch der Erlaß einer Verordnung, welche die Ausfuhr von Artikeln verbietet, die den Verbrauchsgütern unterliegen, wurde beschlossen.

Nationalratswahlen im Burgenlande.

Wien, 19. Juni. Das voraussichtliche Ergebnis der Nationalratswahlen im Burgenlande ist folgendes: Die Sozialdemokraten erhalten 4, die Christlichsozialen 2 Mandate, die zwei reichlichen Mandate werden entweder auf die Bauernbündler entfallen oder je eins auf die Bauernbündler und die Großdeutschen. Das Ergebnis der Landtagswahlen ist wahrscheinlich folgendes: 12 Sozialdemokraten, 9 Christlichsoziale, 6 Bauernbündler und 3 Großdeutsche. Hierzu kommen drei Mandate auf Reichstimmern.

Die Verhandlungen im Haag.

Paris, 18. Juni. Der Haager Korrespondent des „Matin“ erklärt, daß der erste Gedankenaustrausch zwischen den Delegierten bewiesen habe, daß die Engländer alle Antirengungen machen, damit die Franzosen sich an den Kommissionsarbeiten beteiligen. Sie würden, um die Franzosen dazu zu veranlassen, sogar zustimmen, daß eine Untersuchungskommission nach Russland abgeordnet werde. Die Engländer würden auch dann zustimmen, wenn bei Aufrechterhaltung dieser Bedingung der Abwendung einer Unterkommission die Sowjets die weiteren Verhandlungen ablehnen. Der holländische Außenminister, von Kornebeek, hält seine strengen Maßnahmen gegen die Presse, die bei den Verhandlungen selbst nicht zugelassen wird, aufrecht. Seine Haltung wird übrigens von allen Delegierten im Haag gebilligt. Große Schwierigkeit findet der Präsident der Konferenz bei der Zusammensetzung der Unterkommissionen. Während sich als Mitglieder für die Unterkommissionen für Privateigentum mehr Kandidaten einzeichnen ließen als man braucht, findet man wenig Liebhaber für die Unterkommissionen für Schulden und Kredite. Tagelang werden die Vorkommissionen be-

Zur parlamentarischen Lage im Reich.

Die Frage der Getreidemenge ist, da sich weder die Parteien hierüber einig sind und Genügend zwischen Erzeugern und Verbrauchern scharf zutage treten, als Anlaß für eine Regierungskrise angesehen worden. Daß die Regierung aber über diese rein wirtschaftliche Frage stolpern sollte, ist kaum anzunehmen, als sich die härteste Partei des Reichstages, die sozialdemokratische, für die von der Regierung vorgeschlagene Umlage einsetzt und dabei von den Unabhängigen, den Vertretern der Städte und, wie aus einer Notiz des führenden Zentrumsorgans, der „Germania“, hervorgeht, sicher auch von dem größten Teil des Zentrums unterstützt werden dürfte. Daß die übrigen Parteien, insbesondere die deutschnationale, bei dieser Sachlage ebenfalls nicht daran denken, an einem Sturz der Regierung zu glauben, darf wohl als sicher gelten. Wichtig ist, daß von der Umlage eigentlich niemand so recht erbaut ist, diese von der Regierung aus rein wirtschaftlichen Gründen nochmals für notwendig gehalten wird. Dazu wird noch von Berlin gemeldet: Außer den Sozialdemokraten haben sämtliche Reichstagsfraktionen gestern abend Sitzungen abgehalten, in denen sie sich mit der im Reichstagsauschuß einzunehmenden Haltung zur Getreidemenge beschäftigten. Das Zentrum versucht auf ein Kompromiß mit der Sozialdemokratie hinzuwirken. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ und das „Berl. Tagebl.“ glauben, daß sich eine wenn auch nur geringe Mehrheit für den Getreidewort finden werde.

Politische Nachrichten.

13 Milliarden Steuereinnahmen in einem Monat.

Die Einnahmen des Reiches im ersten Monat des neuen Rechnungsjahres, im April 1922, liegen jetzt vor. Infolge der fortwährenden Geldentwertung haben sie den Voranschlag wiederum bei weitem übertroffen, der eine monatliche Durchschnittseinnahme von etwas über 9 Milliarden vorsah. In Wirklichkeit sind aber über 13 Milliarden im April aufkommen. So waren z. B. die Besitz- und Verkehrssteuern für das ganze Rechnungsjahr mit 68 1/2 Milliarden veranschlagt, auf den Monat April also 5,888 Milliarden, während der April 8,792 Milliarden brachte. An Zölle und Verbrauchssteuern sollen im ganzen Jahr etwas über 38 Milliarden, im Monat 3,178 Milliarden, eingebracht werden, während der April schon etwas mehr, 4,375 Milliarden, gebracht hat. Die Ausfuhrabgaben sind für das ganze Rechnungsjahr auf 2,344 Milliarden veranschlagt, von denen der April bereits 987 Millionen eingebracht hat. Es ist damit zu rechnen, daß auch in der Folgezeit erheblich höhere Steuereinnahmen zu verzeichnen sind, als der Voranschlag vorsieht. Darin jedoch eine Verbesserung des Haushalts zu erblicken, wäre falsch, da ja auf der anderen Seite auch die Ausgaben des Reiches gegenüber dem Voranschlag erheblich größere Beträge erfordern.